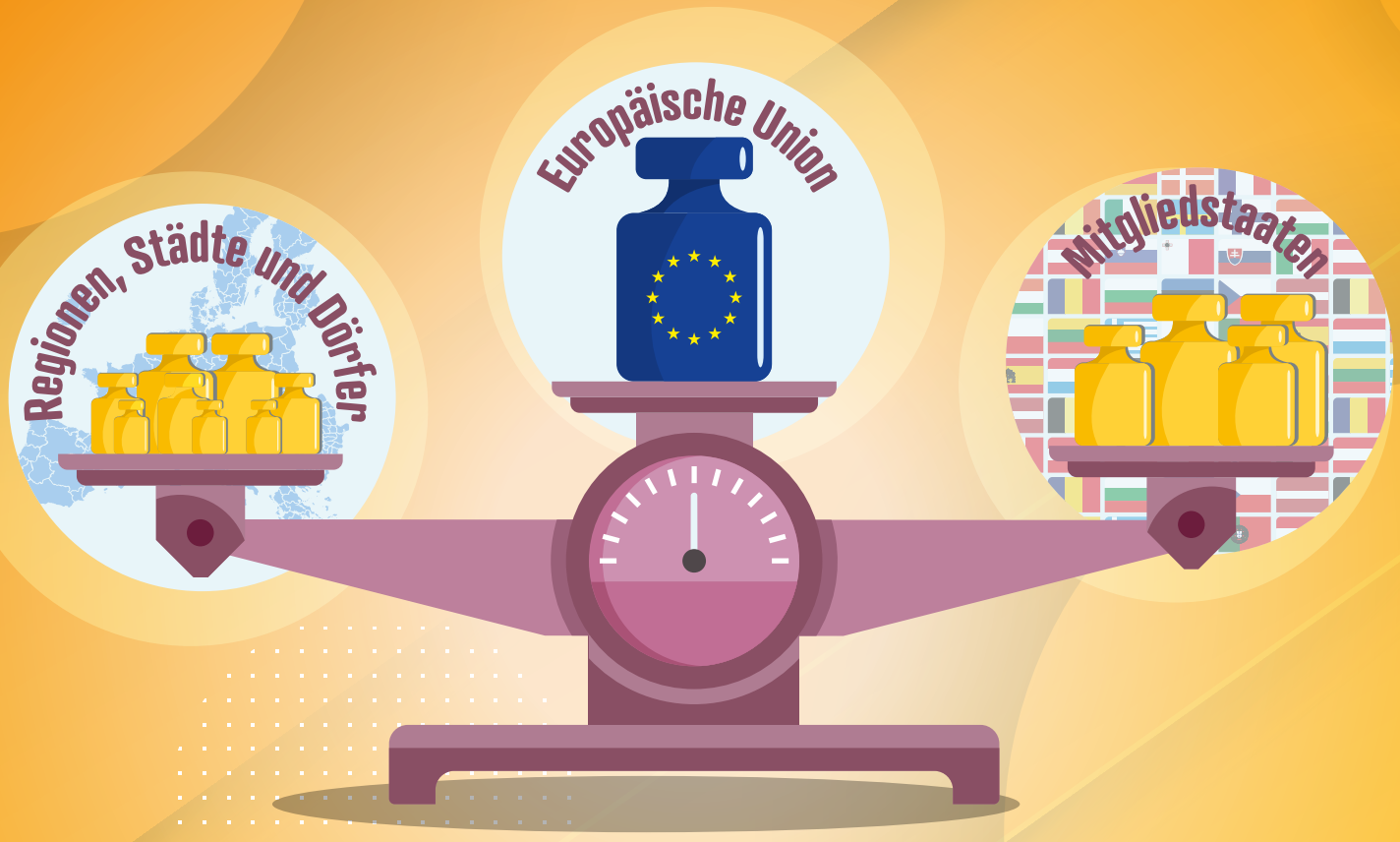
DE

Europäischer Ausschuss der Regionen

EU-Jahresbarometer
zur Lage der Gemeinden und Regionen

Zusammenfassung 2021



#EURegionalBarometer

Kapitel 1

Haushaltsloch in Höhe von 180 Mrd. EUR gefährdet die regionalen und lokalen Finanzen

Mehr

Weitere Beispiele zu Regionen und Städten finden Sie in Kapitel I des Barometer-Berichts 2021.

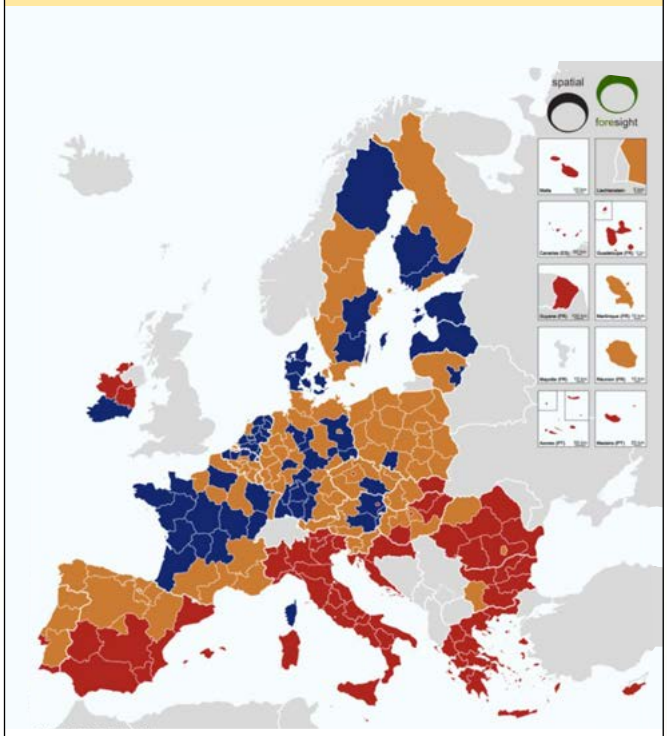
2020 erlebten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) in ganz Europa aufgrund der Maßnahmen im Zuge der Pandemie einen Ausgabenanstieg von rund 125 Mrd. EUR und einen Einnahmerückgang um 55 Mrd. EUR. Letzterer ist vor allem auf den Rückgang der Einnahmen aus Wirtschaftstätigkeit, Steuern, Zöllen und Gebühren zurückzuführen.

Dieser „Schereneffekt" führt dazu, dass unseren Finanzen rund 180 Mrd. EUR fehlen. 130 Mrd. EUR davon werden auf der regionalen und intermediären Ebene eingebüßt, 50 Mrd. EUR auf der kommunalen Ebene. Die LRG in Deutschland sind in absoluten Zahlen mit Abstand am stärksten betroffen (-111 Mrd.), gefolgt von den italienischen (-22,7) und spanischen (-12,3). Der prozentuale Anteil der Einbußen an den Gesamteinnahmen der LRG war in Zypern (-25 %), Bulgarien (-15,3 %) und Luxemburg (-13,5 %) am höchsten.

Wie groß ist der Schereneffekt? (Mrd. EUR)

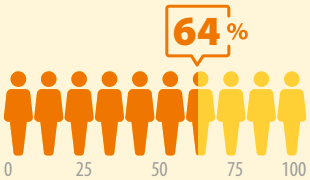
Österreich	-2,30
Belgien	-4,70
Bulgarien	-0,64
Kroatien	-0,24
Zypern	-0,075
Tschechische Republik	-1,95
Dänemark -1,91	-1,91
Estland 0,03	0,03
Finnland	-2,00
Frankreich	-7,20
Deutschland	-111,7
Griechenland	-0,12
Ungarn	-0,15
Irland	-0,32
Italien	-22,78
Lettland	-0,10
Litauen	-0,08
Luxemburg	-0,42
Malta	–
Niederlande	-2,77
Polen	-3,00
Portugal	-0,55
Rumänien	-0,43
Slowakei	-0,20
Slowenien	-0,20
Spanien	-12,37
Schweden	-3,49
EU-27	-179,67

Die am stärksten von COVID-19 betroffenen EU-Regionen



Größere Beeinträchtigung | Mittlere Beeinträchtigung | Geringere Beeinträchtigung

Ergebnisse der Umfrage



der Kommunal- und Regionalpolitiker halten es für notwendig, den Zugang der Regionen und Städte zu EU-Mitteln zu verbessern.

Quelle: IPSOS

Wichtigste Fakten

180 Mrd. EUR Haushaltsloch

=

- 125 Mrd. EUR (Ausgabenanstieg)

- 55 Mrd. EUR (Einnahmenrückgang)

Quelle: AdR-Studie, 2021

Aufruf zum Handeln

Wir brauchen nicht nur Geld für die Gegenwart, sondern Investitionen in die Zukunft.

Kapitel 2

Die territoriale Dimension der Gesundheitskrise nicht zu berücksichtigen heißt, Leben zu gefährden

Das Barometer zeigt enorme Unterschiede bei den Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit unserer Gemeinschaften. Die Region Severovýchod hatte die meisten Fälle zu verzeichnen, während im Aostatal die meisten Todesfälle pro 100 000 Einwohner zu beklagen waren. Die Comunidad de Madrid war 2020 die Region mit der prozentual höchsten Übersterblichkeit im Vergleich zur durchschnittlichen Zahl der Todesfälle in den letzten vier Jahren.

Generell war 2020 das Leben auf dem Land sicherer als in der Stadt. Die Gesundheitsversorgung ist in Stadtzentren zwar besser, aber ländliche Regionen verzeichneten eine geringere Übersterblichkeit und konnten sich besser an Veränderungen anpassen.

Mehr

Weitere Beispiele zu Regionen und Städten finden Sie in Kapitel V des Barometer-Berichts 2021.

Zahl der bestätigten COVID-19-Fälle pro Region

1	Severovychod	17 994
2	Stredni Cechy	16 354
3	Jihozapad	15 632
4	Stredni Morava	14 769
5	Severozapad	14 694
6	Moravskoslezsko	14 468
7	Praha	13 703
8	Provincia Autonoma di Bolzano	13 689
9	Jihovychod	13 462

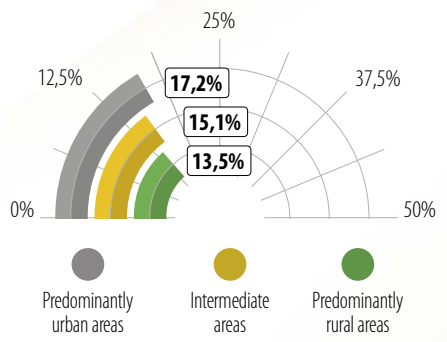
EU-Regionen mit den meisten Sterbefällen pro 100 000 Einwohner

1	Valle d'Aosta	377
2	Severozapad	358
3	Lombardy	335
4	Jihozapad	315
5	Friuli-Venezia-Giulia	314
6	Severovychod	298
7	Emilia Romagna	295
8	Moravskoslezsko	292
9	Castilla La Mancha	289

Europäische Regionen mit der höchsten Übersterblichkeit (%) 2020

1	Comunidad de Madrid	44
2	Lombardia	39
3	Castilla la Mancha	34
4	P.A. di Trento	32
5	Mayotte	32
6	Castilla y León	29
7	Valle d'aosta	28
8	Cataluña	27
9	Podkarpackie	26
10	Piemonte	25

Übersterblichkeit in verschiedenen Gebieten 2020



Ergebnisse der Umfrage

1 von 3

Kommunal- und Regionalpolitiker wollen, dass die Regionen und Städte mehr Einfluss auf die Politikgestaltung der EU in Gesundheitsfragen nehmen können.

Quelle: IPSOS

Wichtigste Fakten

>40 % der Regionen verzeichneten seit der ersten Pandemiewelle keine Übersterblichkeit

Die Regionen sind ein Eckpfeiler der Gesundheitssysteme und müssen an der Gestaltung der Europäischen Gesundheitsunion beteiligt werden. Die EU sollte mehr in die Widerstandsfähigkeit regionaler Systeme investieren und Stresstests zur Bewertung ihrer Krisenvorsorgekapazitäten koordinieren.

Aufruf zum Handeln

Kapitel 3

Die Regionen werden in den nationalen Aufbauplänen ignoriert. Dies gefährdet die wirtschaftliche Erholung und die ökologischen Ziele der EU

Mehr

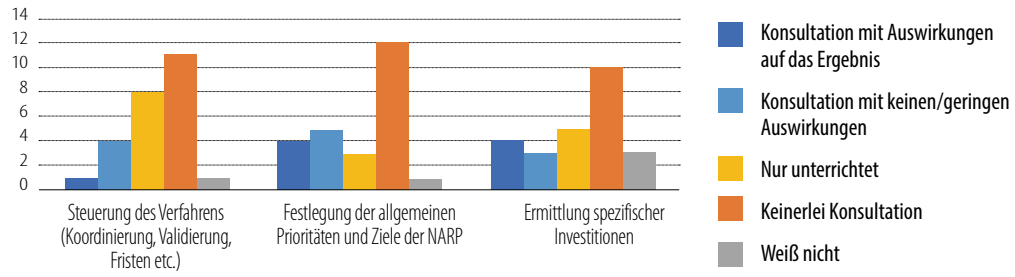
Weitere Beispiele zu Regionen und Städten finden Sie in den Kapiteln II und III des Barometer-Berichts 2021.

Nur eine Minderheit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRG) in Europa wurde von ihren Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (NARP) konsultiert.

Von diesen LRG konnten wiederum nur einige wenige ihren Beitrag in den einschlägigen NARP wiederfinden. Während die LRG in Deutschland, Belgien und Polen gut eingebunden wurden, schneiden Italien, Spanien, Frankreich und Kroatien nicht so gut ab.

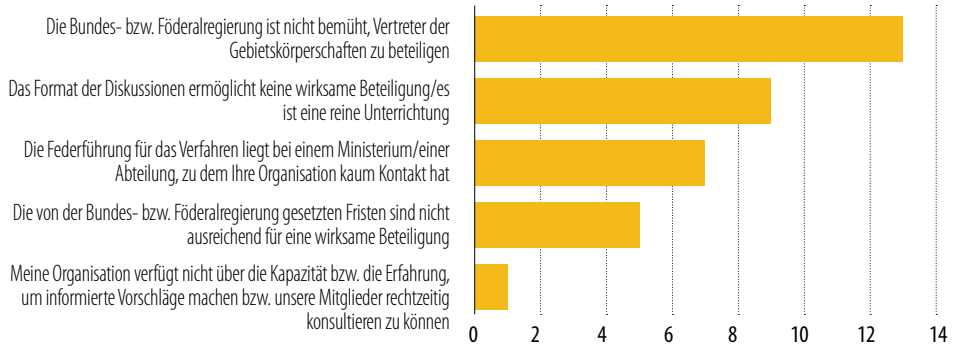
In einigen Ländern werden durchschnittlich 41 % der Mittel der NARP für die Gesamtmittelzuweisungen für Maßnahmen zur Ökologisierung und den grünen Übergang vorgesehen. Eine umfassendere Analyse der nationalen Pläne zeigt jedoch, dass sie besser auf den europäischen Grünen Deal abgestimmt werden sollten, da viele von ihnen Gefahr laufen, das Ausgabenziel von 37 % für den Klimaschutz zu verfehlen. Die mangelnde Konsultation der Städte – die bei der Bekämpfung des Klimawandels an vorderster Front stehen – gibt Anlass zu großer Sorge, ob mit den Plänen die dringendsten Probleme vor Ort bewältigt werden können.

Einbindung der LRG in die Ausarbeitung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne



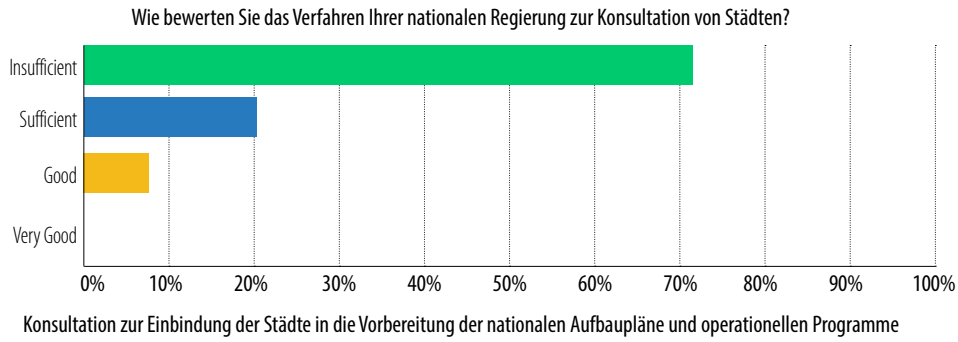
Quelle: Lokale und regionale Gebietskörperschaften und die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne - AdR 2021

Hindernisse für die Einbeziehung der LRG in die Ausarbeitung der NARP



Quelle: Konsultation des AdR und des RGRE 2021

Beitrag der NARP der EU-Mitgliedstaaten zum grünen Wandel



Quelle: Eurocities 2021

Aufruf zum Handeln

Ohne Einbindung der Regionen und Städte ist der Aufschwung in Europa gefährdet.

Die digitale Kluft zwischen Stadt und Land kann die Erholung gefährden: der digitale Zusammenhalt muss dringend unterstützt werden

Die Pandemie hat eine dramatische Kluft offenbart zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die bereits das volle Potenzial des digitalen Wandels ausschöpfen können, um Unternehmen bei Wachstum und Innovationen zu unterstützen und um ihren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen, und denjenigen, die noch nicht vollständig digitalisiert sind.

Die Gesamtversorgung der EU-Haushalte mit digitalen Netzen mit sehr hoher Kapazität beträgt in städtischen Gebieten 44 % gegenüber 20 % auf dem Land.

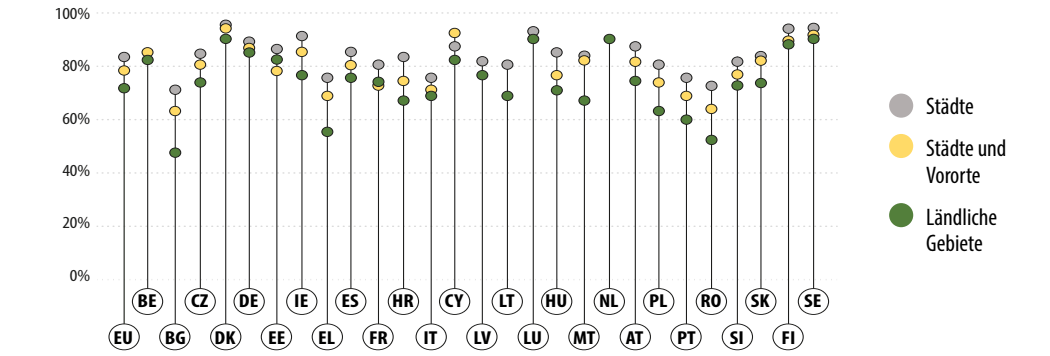
In Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Portugal ist die Kluft zwischen Stadt und Land bei der täglichen Nutzung des Internets besonders groß. Auf der anderen Seite weisen Schweden, Finnland und Dänemark die geringsten Unterschiede auf.

Die auf europäischer und nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen sind nach wie vor unzureichend: Nur in Deutschland, Schweden, den Niederlanden und Belgien ist eine Reduzierung der Kluft zwischen Stadt und Land zu beobachten – in allen anderen EU-Mitgliedstaaten ist sie noch erheblich.

Mehr

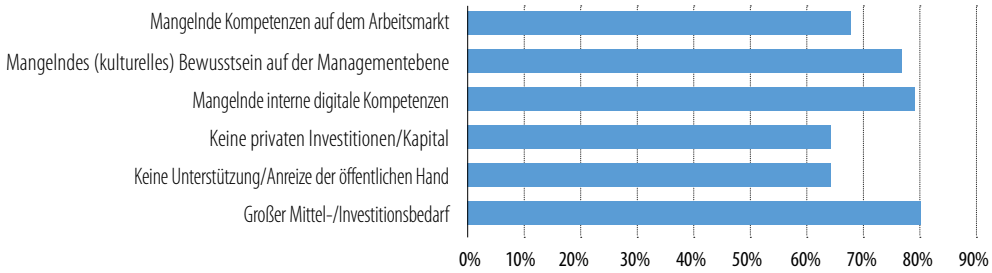
Weitere Beispiele für Regionen und Städte finden Sie in Kapitel IV des Barometer-Berichts 2021.

Personen, die das Internet täglich nutzen: Stadt-Land-Gefälle nach Mitgliedstaat 2020



Quelle: AdR-Studie „Fortschritte des digitalen Wandels auf regionaler Ebene und Veränderungen der Wirtschafts- und Geschäftsmodelle durch COVID-19 und deren Folgen für die Regionen" (in Erarbeitung)

Die wichtigsten „relevanten" und „sehr relevanten" potentiellen Hindernisse für den digitalen Wandel von KMU



Quelle: Umfrage des AdR

Ergebnisse der Umfrage

1 von 4

Kommunal- und Regionalpolitiker sagen, dass der digitale Wandel in der EU oberste Priorität hat.

Quelle: IPSOS

Wichtigste Fakten

Nur 1 von 5 Haushalten im ländlichen Raum hat eine Netzabdeckung mit hoher Kapazität.

Quelle: AdR-Studie, 2021

Umfassender digitaler Zusammenhalt ist unerlässlich, damit der digitale Wandel Regionen, Städten und Dörfern in ganz Europa zugute kommt und kein Mensch und kein Ort z rückgelassen wird. Auch für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung stellt er eine unverzichtbare Voraussetzung dar.

Aufruf zum Handeln

Kapitel 5

Armut wegen COVID-19 wird zur Realität. Das Risiko einer verlorenen COVID-19 Generation steigt

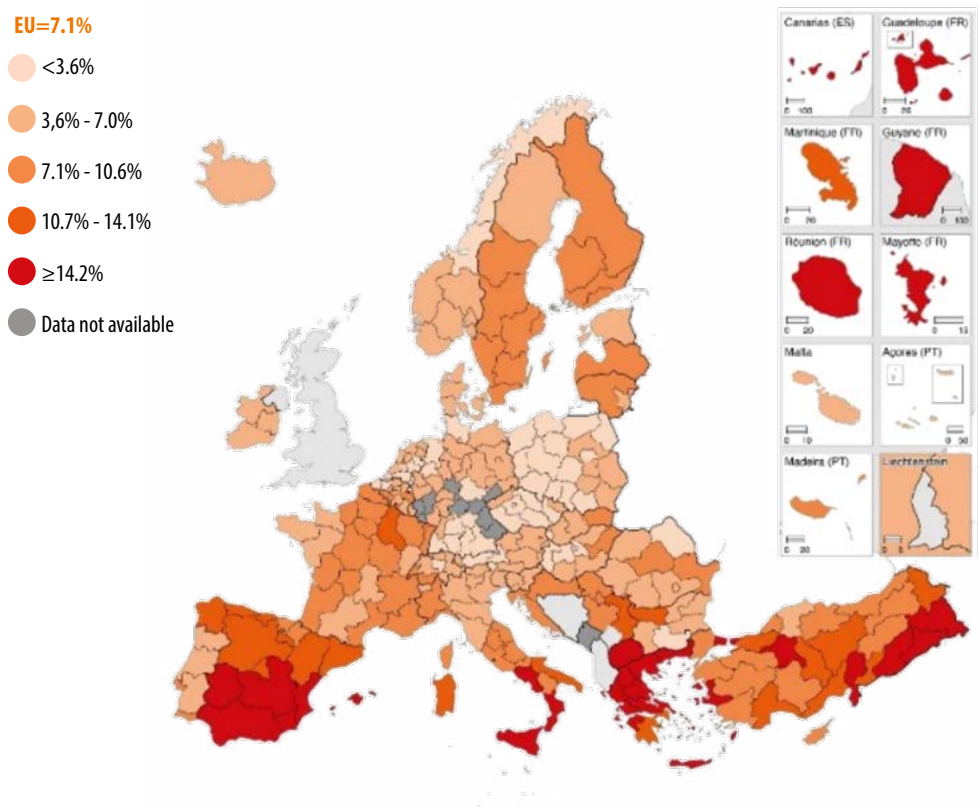
Mehr

Weitere Beispiele zu Regionen und Städten finden Sie in Kapitel I des Barometer-Berichts 2021.

Die Krise hat verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigung und auf den sozialen Zusammenhalt, wobei junge Menschen und Geringqualifizierte am stärksten betroffen sind. Die Beschäftigung unter jungen Menschen ist 2020 besonders stark zurückgegangen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt 10 Prozentpunkte über jener der Gesamtbevölkerung. Auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen und Teilzeitbeschäftigung ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen.

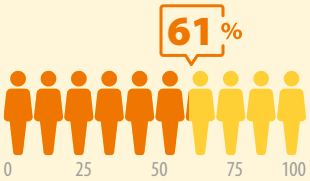
Die Lebensbedingungen von Menschen, die in ärmlichen Verhältnissen leben, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen verschlechtern sich zunehmend. Die Pandemie hat die seit Langem bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und geschlechtsspezifischen beschäftigungsbezogenen Risiken verschärft.

Arbeitslosigkeit: von COVID-19 am stärksten betroffene Regionen



Quelle: Eurostat

Ergebnisse der Umfrage



der Kommunal- und Regionalpolitiker wünschen sich ein stärkeres Mitspracherecht in den Bereichen Wiederaufbau, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung.

Quelle: IPSOS

Wichtigste Fakten

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt 10 Prozentpunkte über jener der Gesamtbevölkerung.

Aufruf zum Handeln

Wir müssen Armut durch COVID-19 bekämpfen und widerstandsfähige Gemeinschaften schaffen.

Kapitel 6

Regional- und Kommunalpolitiker fühlen sich auf EU-Ebene nicht ausreichend wahrgenommen und fordern größeren politischen Einfluss

Die 1,15 Millionen Europäerinnen und Europäer, die in den Gemeinde- und Regionalräten tätig sind, standen während der Pandemie an vorderster Front.

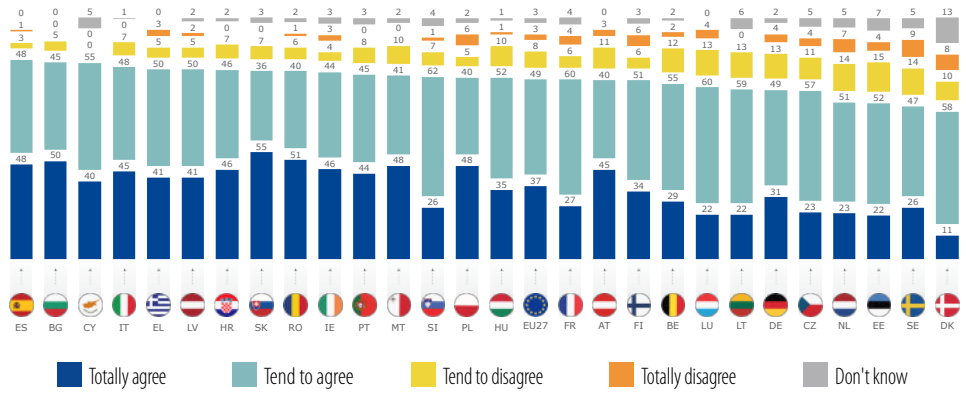
Die Unzufriedenheit mit dem Status quo ist offensichtlich. Neun von zehn Befragten halten es für (sehr) wichtig, dass Städte und Regionen mehr Einfluss auf die nationale Politikgestaltung bekommen. Neun von zehn wünschen sich einen leichteren Zugang zu EU-Mitteln. Vier von fünf sind der Auffassung, dass subnationale Regierungen mehr Einfluss auf die EU-Politik haben müssen. Sieben von zehn wünschen sich mehr Unterstützung ihrer eigenen politischen Arbeit durch die EU.

Wie sind davon überzeugt, dass Regional- und Kommunalpolitiker - und -politikerinnen die Eckpfeiler der europäischen Demokratie bilden.

Mehr

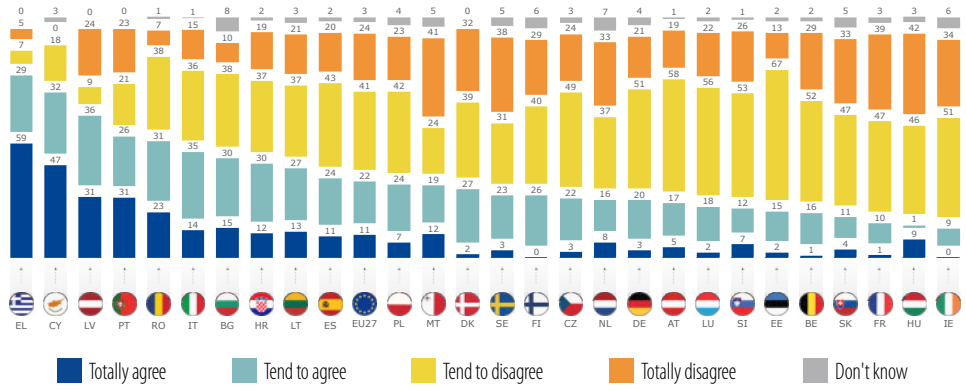
Weitere Beispiele zu Regionen und Städten finden Sie im Flash-Eurobarometer und der AdR-IPSOS-Umfrage 2021.

Sollte die subnationale Ebene stärker in die Beschlussfassung der EU einbezogen werden?



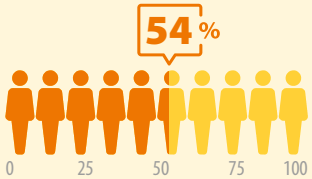
86%
der Regional- und kommunalpolitiker und -politikerinnen sind der Ansicht, dass eine stärkere Einbeziehung der subnationalen Regierungsebenen die Demokratie in der Europäischen Union verbessern würde.

Haben Regionen, Städte und Dörfer ausreichend Einfluss auf die Zukunft der EU?



65%
sind der Auffassung, dass Regionen, Städte und Dörfer nicht genug Einfluss auf die Zukunft der EU haben.

Ergebnisse der Umfrage



der Kommunal- und Regionalpolitiker haben Kenntnis von der Konferenz zur Zukunft Europas.

Quelle: IPSOS

Wichtigste Fakten

75 % der Kommunal- und Regionalpolitiker und -politikerinnen sind der Auffassung, dass Elemente der partizipativen Demokratie (wie Bürgerversammlungen oder Bürgergremien) die Demokratie in der Europäischen Union verbessern würden.

90 % stimmen auch zu, dass bessere Informationen über demokratische Systeme auf europäischer, nationaler und subnationaler Ebene erforderlich sind.

Die subnationalen Ebenen müssen in die Konferenz zur Zukunft Europas eingebunden werden.

Aufruf zum Handeln

Europäischer Ausschuss der Regionen

Paper version QG-06-21-118-DE-C | 978-92-895-1156-8 | doi:10.2863/84713 | Electronic version QG-06-21-117-DE-N | 978-92-895-1119-3 | doi:10.2863/16610

„Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die politische Versammlung der EU mit 329 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten. Unsere Mitglieder sind gewählte Regionalpräsidenten/-innen, Mitglieder von Regional- oder Gemeinderäten und Bürgermeister/-innen, die gegenüber mehr als 446 Millionen europäischer Bürgerinnen und Bürger demokratisch rechenschaftspflichtig sind. Das Ziel des AdR besteht im Wesentlichen darin, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den EU-Beschlussfassungsprozess einzubeziehen und sie über die Unionspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat müssen den Ausschuss in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anhören. Zur Wahrung des EU-Rechts kann der AdR den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen wird oder die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften übergangen werden."

Oktober 2021 – CdR_4517

© Europäische Union, 2021

Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brussel | BELGIQUE/BELGIË
Tel. +32 22822211 | e-mail: PublicationsCdR@cor.europa.eu | www.cor.europa.eu
@EU_CoR | /european.committee.of.the.regions | /european-committee-of-the-regions | @EU_regions_cities